

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1845**

10 (1.12.1845)

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet fl. 48 fr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 fr. für Baden.

# Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 10.] Verhandlungen der badischen Stände im Jahre 1845/46. [1. Dezember.]

Herausgegeben von dem Abgeordneten Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Fünfte öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Karlsruhe, den 1. December 1845. Vorsitz des Alterspräsidenten von Jystein. — Auf der Regierungsbank: Staatsrath Nebenius, Staatsrath Regenauer, Ministerialrath Prestinari und Ministerialrath Kühlenhal.

Das Secretariat legt eine Eingabe vor der Deutschkatholiken in Mannheim um Anerkennung als christliche Glaubenspartei und Gleichstellung mit den bereits recipirten Religionsparteien, insbesondere um Gestattung der öffentlichen Gottesverehrung.

Der Präsident zeigt eine Eingabe der Hasperschen Hofbuchdruckerei an, die Uebernahme des Drucks der Protokolle betreffend.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Nebenius verliest ein allerhöchstes Rescript, wodurch unter den vorgeschlagenen drei Candidaten der Geheimerrath Abgeordnete Beck als Präsident der Kammer bestätigt wird.

Hierauf äußert Alterspräsident

v. Jystein. In Folge der so eben verlesenen höchsten Entschliebung trete ich von dem Präsidentenstuhl ab und überlasse die schönste und ehrenvollste Stellung, die einem Bürger werden kann, dem Manne, den Ihr Vertrauen gewählt und das Vertrauen des Großherzogs als wirklichen Präsidenten der Kammer bestätigt hat. Der Abg. Beck wird, wie Sie wissen, und wie er schon auf früheren Landtagen bethätigt hat, die Verhandlungen der Kammer mit Umsicht, Redlichkeit und Eifer leiten. Nun erlaube ich mir an Sie, meine Herren, an die Volksvertreter eine Bitte, welche Sie dem Alterspräsidenten in der Stellung, die ich in diesem Augenblick noch einnehme, gestatten werden. Behandeln Sie die wichtigen Fragen, die, wie ich schon bei dem Antritte des Amtes, das ich nun verlasse, gesagt habe, unsehbar und unvermeidlich in dieser Kammer vorkommen werden, und wovon ich beispielsweise nur die Motion des Abg. Zittel in Betreff der Glaubens- und Gewissensfreiheit, ferner das traurige und immer trauriger werdende Verhältniß unserer Presse, die auf eine Stufe herabgewürdigt und

erniedrigt ist, daß es nothwendig auch den ruhigsten Bürger in Verlegenheit und Miseth setzen muß, und endlich die verderbliche und immer weiter fortschreitende Einmischung der Polizei nenne, die keinen Schritt des Bürgers mehr frei läßt, jede Bewegung desselben überwacht, jede Zusammenkunft verbietet, und sogar Urtheile erläßt, die ich nur von dem Richter erwarte — behandeln Sie diese wichtigen Gegenstände mit der Kraft und der Selbstständigkeit, die Sie immer bewiesen, aber auch mit der Würde und Ruhe, welche die badische Kammer, man darf es zu ihrer Ehre sagen, noch nie vergessen hat. Nur auf diesem Wege wird es Ihnen möglich sein, für das Wohl des Landes und unseres Volkes in möglichster Uebereinstimmung mit der Regierung zu sorgen. Nur auf diesem Wege können Sie, so viel ich einsehe, die mächtige, durch ganz Deutschland wogende Bewegung aller Gemüther, die sich selbst in die Hüften der Landleute gedrängt hat, besänftigen und beitragen, daß der bedrohte Friede des deutschen Vaterlandes erhalten wird. — Mit dieser Bitte an Sie und dem freundlichen Danke für die Rücksicht, die Sie mir während meines Amtes als Alterspräsident geschenkt haben, verlasse ich diese Stelle und bitte den Herrn Präsidenten Beck, seinen Platz einzunehmen.

Der Abg. Beck nimmt den Vorsitz ein und richtet an die Versammlung folgende Worte:

Meine Herren! Abermals verdanke ich Ihrer vertrauensvollen Wahl, sowie der gnädigen Bestätigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs die Auszeichnung, diesen so ehrenvollen Sitz einzunehmen. Die Schwierigkeit meines Amtes nöthigt mich, auch jetzt wieder Ihre gütige Rücksicht in Anspruch zu nehmen. Wenn wir gleich für diesmal keine so großen Vorlagen zu erwarten haben, so wird voraussichtlich des wichtigen Stoffes, der die Gegenwart bewegt, doch genug zur Verhandlung kommen. — In unseren Tagen, wo bald die Ereignisse sich drängen, bald aus einem allmählig gereiften Volksbewußtsein Erscheinungen ungeheurer Art plötzlich hervortreten, — in diesen Tagen, meine Herren, wird — wie jüngst ein genialer Mann sich ausdrückte — bei jeder Versammlung der Vertreter des Volkes Musterung des öffentlichen

Geistes gehalten. Sei dem! — wer für die großen Interessen des Vaterlandes zu wirken berufen ist, darf den Kampf nicht scheuen, denn an den Hindernissen wächst, Vertrauen erweckend, der Wille und die Einsicht. Nur Eines hiebei ist, was ich von diesem Stuhle aus Ihnen auch jetzt wieder zu Gemüth führen möchte: daß Sie nämlich bei dem, wenn auch noch so lebhaften Streite die Gesetze der edleren Gesittung nicht aus den Augen verlieren, und auch an dem Gegner stets die gleiche Berechtigung und die aufrichtige Gesinnung anerkennen und achten. Mit dieser Bitte, meine Herren, und mit der Wiederholung meines aufrichtigsten Dankes für ihr wohlwollendes Vertrauen beginne ich nun die Verwaltung meines Amtes.

Weller. Ich glaube im Namen der Kammer dem Herrn Alterspräsidenten den Dank aussprechen zu dürfen, für die Würde, mit der er sein Amt versehen, und will nur noch die Versicherung hinzufügen, daß wir die Bedeutung unserer jetzigen Zeit so gut wie erkennen, und, daß in dem Sinne, in welchem er uns aufforderte, unsere Thätigkeit nicht wirkungslos bleiben wird.

Die Kammer erhebt sich zum Zeichen ihrer Zustimmung.

Staatsrath Nebelius bemerkt auf die Rede des Alterspräsidenten: Ich habe die Abschiedsrede des Herrn Alterspräsidenten und die Antrittsrede des definitiven Herrn Präsidenten der so eben den Stuhl eingenommen hat, nicht unterbrechen wollen, sehe mich aber jetzt nur zu einigen Worten in Beziehung auf die Aeußerungen des Ersteren veranlaßt.

Ueber die Art und Weise, wie er die Themata bezeichnet hat, welche nach seiner Voraussetzung auf diesem Landtag abgehandelt werden sollen, will ich mich in eine nähere Erörterung nicht einlassen, sondern nur bemerken, daß ich jetzt darum still schweige, weil ich die Ueberzeugung habe, noch Gelegenheit genug zu finden, die Ansichten der Regierung über dergleichen Fragen Ihnen vorzutragen.

Der Abg. Plaz zeigt hierauf eine Motion an, des Inhalts: Die hohe Regierung möge sich bei der Bundesversammlung für Erlassung eines allgemeinen Preßgesetzes, und Beseitigung der Censur verwenden.

Hierauf wird zur Wahl von zwei Vicepräsidenten geschritten; 56 Stimmende sind anwesend. Zum ersten Vicepräsidenten wird Vader mit 35 Stimmen gewählt; zum zweiten Rindeschwender mit 30 Stimmen (Tresart erhielt 27, Weller 20 Stimmen).

Vader dankt der Kammer für das ihm bewiesene Zeichen des Vertrauens.

Rindeschwender. Auch mich hat die Auszeichnung,

zu dem Ehrenamte eines Vicepräsidenten berufen zu werden, überrascht und ich sage dafür meinen recht innigen Dank. Für einen Mann von Ehre und für ein patriotisches Herz gibt es kein erhebenderes und zugleich belohnenderes Gefühl, als die Ueberzeugung des Vertrauens hochachtbarer Männer. Ich werde mich bestreben, mir dieses Vertrauen zu bewahren und wenn ich auch annehmen darf, daß bei der heutigen Wahl meine politische Richtung in dem Kampfe für Freiheit und Recht in der Waagschale gezogen hat, so bin ich doch gewiß, daß alle meine Freunde von mir verlangen, ja daß sie es ehren werden, wenn ich hier die Versicherung niederlege, daß wenn ich das eine oder andere Mal zur Ausübung dieses Amtes berufen bin, ich keine Seite dieses Hauses kennen werde. Ich möchte mich so aussprechen: Ich werde die linke Seite, und hauptsächlich die linke Seite, meine liebe Mutter, verläugnen, um diese Mutter hochzuachten und laut anzuerkennen, denn ich weiß, daß ihr Wahlspruch ist: „Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz.“

Schaaff. Das ist auch der Wahlspruch dieser Seite der Kammer, und wenn der Herr Vicepräsident von Feinden in diesem Hause gesprochen hat, so glaube ich im Namen meiner Freunde die Versicherung geben zu können, daß hier keine Feinde, wenn auch politische Gegner sitzen.

Rindeschwender. Ich habe nicht von Feinden, sondern von meinen Freunden gesprochen, weil ich unterstellte, daß meine Freunde mich gewählt haben.

Die nun vorgenommene Wahl der Secretäre ergibt folgendes Resultat: Erster Secretär: Blankenhorn-Krafft; zweiter Secretär: Mez; dritter Secretär: Baum. (Hägelin erhielt 27, Lichtenauer 22, Rothermel 21 Stimmen.)

Die erwählten Secretäre danken hergebrachtermaßen.

Staatsrath Regenauer, Präsident des Finanzministeriums übergibt die verfassungsmäßigen detaillirten Rechnungsnachweisungen für 1843 und 1844. Dem Vortrage entnehmen wir folgende Stelle:

Die Abschlüsse der Hauptstaatsrechnungen für 1843 und 1844 sind günstig.

Die Schuld der Amortisationscasse, die am 1. Januar 1843, einschließlich der unverzinslichen 12,000,000 fl. beim Grundstock, 29,817,382 fl. 50 kr. betragen hat, wurde im Jahr 1843 um 692,770, fl. 51 kr., im Jahr 1844 um 405,429 fl. 13 kr., in beiden Jahren zusammen um 1,098,200 fl. 4 kr. vermindert.

Die Zehntschuldentilgungscasse hatte am Anfang des Jahres 1843 1,120,336 fl. 41 kr. und am Schlusse des

Jahres 1844 1,529,913 fl. 54 fr. an Zehntpflichtige, meist zu 4% Prozent ausgeliehen. Die Mittel hiez zu hatte ihr der Domanalgrundstock geliefert und sie besaß am Jahres- schluß von 1844 einen Vermögensüberschuß von 5,087 fl. 32 fr.

Das Capitalvermögen der Grundstocksverwaltung, das zu Ende des Jahres 1842 26,132,617 fl. 49 fr. betragen hatte, belief sich am Schlusse von 1844 noch auf 25,456,724 fl. 34 fr. Bedeutende neue Kapitalsummen sind in der Zwischenzeit, vornehmlich für abgelöste Zehnten, constatirt, aber noch größere Beträge theils nach Vorschrift des Budgets für Gebäude, theils für Acquisitionen und Lasten- ablösungen verwendet worden.

Die Eisenbahnschuldentilgungscasse hat in den Jahren 1843 und 1844 10,938,499 fl. 40 fr. für den Eisenbahn- bau und andere erhebliche Summen für Zinsen und son- stige Ausgaben bestritten, aber auch ihre Schuld von 5,694,858 fl. 45 fr. auf 17,611,999 fl. 23 fr. gesteigert.

Die Ergebnisse der Postrechnungen haben dem durch das Budget vorgesehenen Reinertrag entsprochen, die Ergebnisse der Eisenbahnbetriebsrechnungen haben denselben weit übertraffen.

Ministerialrath Prestinari legt vor: Die verglei- chenden Darstellungen der Rechnungseresu- lrate mit den Budgetsätzen für 1842 und 1843. In seinem Vortrage werden die Hauptergebnisse dargestellt wie folgt:

Das ordentliche Budget von 1842 und 1843 hatte einen Einnahmeüberschuß von 775,589 fl. berechnet. Nach dem Rechnungsabschlusse zeigte sich ein solcher von 2,258,171 fl. 26 fr., also im Vergleiche mit dem Budget ein Ueberschuß von 1,482,582 fl. 26 fr.

Die ordentlichen Einnahmen nach Abzug der darauf haftenden Lasten und Verwaltungskosten, im Budget zu 18,813,168 fl. angeschlagen, haben nach den Rechnungen 20,635,931 fl. 28 fr., mithin 1,822,763 fl. 28 fr. mehr betragen.

Der ordentliche eigentliche Staatsaufwand, im Budget zu 18,037,579 fl. angenommen, hat sich nach der Rech- nung auf 18,377,760 fl. 2 fr. also um 340,181 fl. 2 fr. höher belaufen.

Die außerordentliche Ausgabe, im Budget zu 1,812,419 fl. genehmigt, hat nach den Rechnungen nur 1,751,848 fl. 57 fr., also 60,570 fl. 3 fr. weniger ausgemacht. Zu ihrer Bestreitung wurden statt der im Budget bewilligten 1,873,920 fl. aus dem Betriebsfond und Grundstock 1,784,194 fl. 29 fr. bezogen.

Indem sonach in den Jahren 1842 und 1843 1,751,848 fl. 57 fr. aus anderweiten Revenüen zu außerordentlichen Ausgaben verwendet wurden, hat die Budgetperiode selbst

wieder 2,258,171 fl. 26 fr. zu außerordentlichen Ausgaben der Zukunft übrig gelassen. Wie dieser Ueberschuß für 1844 und 1845 verwendet ward, zeigt der Artikel 3 des Finanzgesetzes vom 3. August 1844.

Die Ergebnisse für 1842 und 1843 können hiernach, was die Hauptstaatsrechnung betrifft, als günstig bezeichnet werden.

Beruhigend sind sie auch rücksichtlich der ausgeschiede- nen Verwaltungszweige (Post, Eisenbahnbetrieb und Bad- anstalten). Zwar hat der Reinertrag der Postverwaltung nicht ganz den Voranschlag erreicht, aber es hat die Eisen- bahnbetriebsverwaltung für den Minderertrag der Post mehr als volle Entschädigung gewährt.

Staatsrath Regener legt das ordentliche Budget für 1846 und 1847 vor. Verlangt werden hiernach:

für das Jahr 1846	
zur Bestreitung des eigentlichen Staats-	
aufwands	9,119,818 fl.
zur Bestreitung der Lasten und Verwal-	
tungskosten	6,163,672 fl.
zusammen	15,583,490 fl.
für das Jahr 1847	
zur Bestreitung des eigentlichen Staatsauf-	
wands	9,386,840 fl.
zur Bestreitung der Lasten und Verwal-	
tungskosten	6,165,815 fl.
zusammen	15,552,655 fl.

Als Deckungsmittel sind die ordentlichen Einnahmen bezeichnet. Sie betragen

für 1846	16,442,748 fl.
für 1847	16,442,748 fl.
im Ganzen	32,885,496 fl.
und lassen nach Abzug der ordentlichen Aus-	
gaben beider Jahre mit	31,136,145 fl.
einen Einnahmeüberschuß von	1,749,351
übrig.	

Das Budget für 1844 und 1845 hatte die Einnahmen zu 30,605,994 fl. die Ausgaben zu 29,006,867 fl.

und sonach einen Einnahmeüberschuß von 1,599,127 fl. berechnet.

Der Voranschlag für 1846 und 1847 zeigt daher eine Mehreinnahme von 2,279,502 fl. eine Mehrausgabe von 2,129,278 fl.

und demzufolge einen höheren Ueberschuß von 150,224 fl.

Zur Summe der Mehreinnahme trägt die Münzver- waltung — deren Budget in Folge beabsichtigter stärkerer Prägungen in Einnahme und Ausgabe bedeutend gesteigert ist — über die Hälfte, die Zollverwaltung nahe ein Fünftel, die Kameraldomänenverwaltung nahe ein Zehntel bei.

Von der Mehrausgabe kommen 1,565,007 fl. auf Lasten und Verwaltungskosten und 564,271 fl. auf den eigentlichen Staatsaufwand.

Von der Mehrausgabe an Lasten und Verwaltungskosten treffen aus dem schon angegebenen Grunde über zwei

Dritttheile auf die Münzverwaltung und vom Reste die Hauptbeträge auf die Berg- und Hütten- und auf die Kameraldomänenverwaltung.

Den Abschluß des ordentlichen Budgets, welcher einen Einnahmeüberschuß von

1,749,351 fl.

gewährt, glaubt die Großherzogliche Regierung als ein günstiges Ergebnis begrüßen zu dürfen. Es kann ihr aber dabei — bemerkt der Vortrag — auch nicht entgehen, daß nunmehr — wo alle Einnahmen in vollem Betrage im Voranschlag erscheinen — ein solcher Ueberschuß bestehen und erhalten werden muß. Er ist es, der den Staatshaushalt gegen die Verlegenheiten, die ihm ein unvorhergesehener Rückschlag der Einnahmen bereiten könnte, sichert; er ist es sodann, der den Fond zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben der nächstfolgenden Budgetperiode bildet.

Ministerialrath Kühnenthal übergibt das provisorische Gesetz vom 23. Oktober d. J. über den Vereinszolltarif für 1846, 1847 und 1848, nebst dem Tarife, zur nachträglichen Zustimmung. Der Vortrag erläutert kurz die beschlossenen Aenderungen und fährt dann fort:

Weit mehr, als hiernach wirklich geändert wurde, war, zumal bezüglich auf die Eingangszölle, zur Aenderung beantragt. Die Wünsche der Industrie im Großherzogthume, wie in anderen Vereinstheilen, die Beschlüsse der Stände auf dem letzten Landtag, die Ansichten, welche die großherzogliche Regierung seit lange gehegt hat, mußten dieselbe auch bei der neuesten Tarifsrevision zu Anträgen auf verschiedene wichtige Verbesserungen auffordern. Für ungebleichtes ein- und zweidrähiges Baumwollengarn glaubte man, die früheren Anträge und die seitdem in Großbritannien erfolgte Aufhebung des Zolles von roher Baumwolle berücksichtigend, die Erhöhung der Eingangsabgabe von zwei auf fünf Thaler vorschlagen zu müssen. Für Leinen- und Wollengarn schien der gleiche Zollsatz gerechtfertigt. Eine angemessene Zollerhöhung für Leinengewebe schien nicht minder begründet. Für ausgehende Baumwollen-, Leinen-, ungewalkte Wollen- und gemischte Stoffe, auch veredelte Garne war man, damit unter der Eingangszollerhöhung für Gespinnst die Ausfuhr von Geweben und veredelten Garnen nicht leide, zur Bewilligung einer Ausfuhrprämie von drei Thalern bereit. In der Voraussetzung, daß die Zollerhöhung zu Gunsten der Baumwollen-, Wollen- und Leinenindustrie Annahme fände, hatte man auch der Eisenindustrie für Roh- und gewöhnliches Stabeisen noch einige Aufbesserung des bereits gewährten Zollsatzes zu erwirken gewünscht. Mehrere andere Aenderungen, namentlich eine mäßige Eingangszollerhöhung für Soda, hatte man überdies herbeizuführen beabsichtigt.

In gleicher Richtung waren von Seiten anderer Vereinstregierungen Anträge erfolgt. Und was die Hoffnung einer billigen Schutzzollerhöhung für Gespinnste insbesondere zu bestärken schien, war der Umstand, daß die Zulässigkeit dieser Erhöhung in Verbindung mit Ausfuhrprämien für zur Ausfuhr bestimmte vereinstländische Gewebe zum Theil auch da Anerkennung fand, wo früher sehr ent-

schiedene Bedenken obgewaltet hatten. Gleichwohl waren die Verhandlungen der diesjährigen Generalconferenz über den so wichtigen Gegenstand ohne Erfolg und nach wiederholten Versuchen einer Verständigung mußte man sich mit der Aussicht zufrieden geben, daß eine spätere Berathung das erwünschte Ziel werde erreichen lassen.

Für eine, wenn auch nur sehr mäßige Verstärkung der Eingangsabgabe von Roh- und Stabeisen zeigte sich überall keine Hoffnung. Ja es wurde von einer Vereinstregierung, welche den im vorigen Jahr eingetretenen Eisenzollerhöhungen damals nur für die laufende Tarifsperiode zugestimmt hatte, die Zustimmung zur Beibehaltung dieser Sätze vorerst nur bis zum Ende von 1846 erteilt, so daß von da an der frühere Zustand wieder eintreten mußte, wenn nicht inzwischen das Einverständnis dieser Regierung für weiterhin zu erlangen wäre.

Die großherzogliche Regierung muß diese Ergebnisse sehr beklagen. Sie war und ist überzeugt, daß ihre Anträge in Bezug auf wirksameren Zollschutz für Baumwollen-, Leinen- und Wollengarne, so wie für Leinengewebe durchaus im Geiste des gemäßigten Schutzzollsystems liegen, zu welchem sich der Zollverein bekennt, daß die Beachtung jener Anträge zur nothwendigen Ergänzung dieses Systems erforderlich ist, daß die entgegen stehenden Bedenken überall nicht begründet sind. Ist es indeß auch bis jetzt aller Anstrengung nicht gelungen, diese Bedenken aus dem Wege zu räumen, so darf man doch mit Vertrauen erwarten, daß bei der allenthalben verbreiteten Ueberzeugung von der segensreichen Wirksamkeit des Zollvereins und bei dem aufrichtigen Streben aller Vereinstglieder für dessen fernere Ausbildung das noch nicht erzielte Verständniß nicht mehr ferne sei.

Die Budgetvorlagen gehen an die Budgetcommission, der Zolltarif wird zunächst in den Abtheilungen berathen.

Die definitiven Abtheilungen werden nun gebildet wie folgt:

Erste Abtheilung: Lichtenauer, Trefurt, Fauth, Jörgler, Speierer, Schaaff, Dörr, Krämer, Helbing, Weller, Denning, Blankenhorn-Krafft, Welte's Ersagmann.

Zweite Abtheilung: Lang, Leiblin, Pitschgi, Blas, Hägelin, Köfler, Knittel, Hundt, Straub, Wäcker, Wasser-mann, Meyer, Goll.

Dritte Abtheilung: Kettig, Seltzam, Vogelmann, Baumgärtner, Metzger, Reichenbach, v. Coiron, Zittel, Martin, Hecker, Baum, Gerbels Ersagmann.

Vierte Abtheilung: Weigel, Jungbanns, Lenz, Müller, Grether, Mathy, v. Jzstein, Binz, Vader, Beck, Dahmens Ersagmann, Posselt's Ersagmann.

Fünfte Abtheilung: Regenauer, Nombride, Roth-ärmel, Hermann, Schmidt, Puhl, Richter, Gottschalk, Rindeschwender, Mez, Abegg, v. Stockhorn.

Der Präsident ladet die Abtheilungen ein, zur Wahl der Commissionen für das Budget, die Petitionen und über den Druck der Protokolle unverweilt zusammen zu treten.

Schluß der Sitzung.

Sechste Sitzung, Mittwoch den 3. Decbr. um 10 Uhr. Tagesordnung: Ergänzung der Budgetcommission und der Petitionscommission. Bericht der Druckcommission.